

# Wird der Instrumentalunterricht teurer?

Günther Neher, Leiter der Jugendmusikschule Schorndorf, erklärt, wie es nach der Umstellung der Verträge der Musikschullehrer weitergeht

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED  
MICHAELA KÖLBL

## Schorndorf.

Insgesamt eine Million Euro müssen die Kommunen Remshalden, Winterbach, Urbach, Plüderhausen, Rudersberg und Welzheim der Jugendmusikschule künftig jährlich zahlen. Dies, weil alle Honorarkräfte infolge des sogenannten Herrenbergurteils in Festanstellungen überführt werden müssen (*wir berichteten*) und die Personalkosten deutlich steigen. Glücklicherweise sind die Kommunen über die Kostensteigerung von 400 000 Euro aber nicht, schließlich sind sie derzeit keinesfalls auf Rosen gebettet.

Und so gab's im Rahmen der Gemeinderatstour, die Musikschulleiter Günther Neher und Erster Bürgermeister Thorsten Englert absolvierten, auch kritische Stimmen: Hier und da kam der Ruf nach einem neuen Konzept (Winterbach), nach mehr Transparenz über die Verwendung der Gelder und weniger Elitenförderung (Remshalden). Und noch mehr Sorgen gab's: Werden die Unterrichtsstunden teurer? Werden Musiklehrer abspringen? Die mittelmäßig klare Antwort lautet: womöglich.

## Schon im April 2024 wurden die Unterrichtspreise erhöht

Aber von vorne. Neher erklärt: „Diese Erhöhung der kommunalen Zuschüsse ist durchs höchststrichterliche Urteil alternativlos. Wir müssen die Honorarkräfte aus prekären Beschäftigungsverhältnissen in Anstellungen überführen.“ Das habe man tatsächlich schon zuvor vorgehabt, schließlich seien immer wieder gute Musikpädagogen zur regionalen Konkurrenz gewechselt, wo eben solche festen Verträge bereits zu bekommen waren. Allerdings hätte man seitens der Musikschule ein schrittweises Vorgehen bei der Umstellung der Verträge bevorzugt. Nun aber muss die Musikschule sämtliche Verträge auf einmal anpassen.

Sind die Verträge alle aktualisiert, kommen die entsprechenden Lohn- und Lohnnebenkosten jährlich auf die Musikschule und ihre Mitgliedskommunen zu. „Natürlich gibt's auch Überlegungen, wie man die Personalkosten und den Abmangel reduzieren kann“, so Neher. Und da werde es auch nicht ausbleiben, dass die Eltern künftig wohl tiefer in die Tasche greifen müssten, insbesondere im höherpreisigen Hauptfachunterricht, der oftmals als Einzelunterricht stattfindet.

Bereits zum vergangenen April wurden die Musikschulpreise um fünf Prozent erhöht. „Wir versuchen, im nächsten Jahr ohne eine Anhebung der Unterrichtstarife über die Runden zu kommen.“ Aber spätestens zum April 2026 müsse es wieder eine Anhebung geben. „Mit Augenmaß“ solle die ausfallen, verspricht Neher. Dies, damit die Kosten für die ohnehin finanziell mehr belasteten Familien im Rahmen bleiben. Genauer könne er dazu jetzt noch nicht sagen, dafür müsse man das Jahr 2025 vorbeiziehen lassen. „Natürlich werden wir aber versuchen, an verschiedenen Stellen die Kosten zu dämpfen.“

Wo vertretbar, könne man etwa den Gruppenunterricht ausbauen, müsse aber



Günther Neher, Leiter der Jugendmusikschule Schorndorf: Über kurz oder lang müssen auch die Unterrichtspreise steigen.

Foto: Habermann

womöglich an anderer Stelle mit Wartelisten arbeiten. „Wir hatten schon im April eine so riesige Unterrichtsnachfrage, das bekommen wir personell gar nicht unter.“ Dazu kämen die vielen Bildungsk Kooperationen mit Schulen und Kindergärten, sogar mit Pflegeheimen. Die Nachfrage könne schon heute kaum gedeckt werden. Und das Jahr 2026 mit dem Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung für Grundschul Kinder komme erst noch. Spätestens dann werde der Bedarf der Schulen und Kommunen an Kooperationen weiter ansteigen.

## So mancher Instrumentallehrer will aber gar kein Anstellungsverhältnis

Keinesfalls will Günther Neher die Sozialermäßigungen zurückfahren. Immerhin seien es derzeit etwa 1300 Kinder, die von ihnen profitierten. Würden diese Ermäßigungen von aktuell beinahe 90 000 Euro gekürzt, „würde es die Falschen treffen“. Und man wolle unbedingt allen Kindern und Jugendlichen eine musikalische Ausbildung ermöglichen.

Aber wollen überhaupt alle Lehrenden eine feste Anstellung? Auch wenn der Großteil der bislang freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Umstellung sehr begrüße, werde es bei manchen Kolleginnen und Kollegen mit kleineren Unterrichtsdeputaten Gesprächsbedarf geben, schätzt er. Womöglich könnten diese, wenn gewünscht, auf der Basis von Minijobs oder Übungsleiterpauschalen bezahlt werden. „Wir werden versuchen, alle Kolleginnen und Kollegen so gut wie möglich mitzunehmen“, betont Neher.

Denn es sei denkbar ungünstig, in Zeiten eines derartigen Fachkräftemangels, Lehrpersonen wegen der Vertragsumstellungen zu verlieren. „Das ist ja keiner Familie zu vermitteln, dass der Schüler plötzlich ohne

Unterricht dasteht.“

Kritisiert wurde im Rahmen der Entscheidung etwa im Remshaldener Gemeinderat, dass mit den Fördergeldern Elitenunterricht und Nischeninteressen bezuschusst würden. Als Synonym dafür wurde immer wieder der Harfenunterricht genannt. Was Günther Neher dazu sagt? Er erklärt, das Saiteninstrument komme hier zu Unrecht schlecht weg. Schließlich koste der Harfenunterricht nicht mehr als der Einzelunterricht an der Blockflöte. Damit die Musikschule aber weiterhin die Landesförderung (12,5 Prozent der Kosten pädagogischen Personals) erhält, müssen die Musikschulen ein alle Fachbereiche abdeckendes Unterrichtsspektrum anbieten. Das ist im Jugendbildungsgesetz festgeschrieben. Das heißt: je breiter das Angebot an Elementar- und Instrumentalausbildung, desto besser für die Förderung.

Und um auf die Harfe zurückzukommen: Sie sei ein wirklich wertvolles Instrument für die Ensemblearbeit. Zudem freue man sich als Jugendmusikschule auch über Leistungsträger und talentierte Kinder, „die sehr fortgeschritten musizieren und bei Wettbewerben erfolgreich sein können“. Derzeit seien es immer 13 bis 15 Kinder, die auf Regional-, Landes- und Bundesebene die hohe Qualität des Unterrichts widerspiegeln. „Das ist wie im Sport, wenn ein Jugendlicher sich als sehr talentiert herausstellt und gefördert wird.“ Jeder Verein freue sich drüber, wenn er Leistungsträger habe.

Eine weitere Sorge der Gemeinderäte: Andere Vereine könnten ebenfalls den Wunsch nach mehr Förderung äußern, wenn nun der Zuschuss für die Musikschule derartig erhöht werde. Neher wird deutlich: „Das kann man nicht vergleichen.“ Zwar

habe die Jugendmusikschule die Rechtsform eines eingetragenen Vereins, das sei aber sehr irreführend. „Schließlich sind wir ein interkommunaler Dienstleister für musikalische Bildung, wir haben eine ganz andere Struktur als ein Verein.“ Alleine die Aufgaben im Netzwerk für Bildungsk Kooperationen seien besonders. „Diese Arbeiten können und wollen private Musikschulen und auch Musikvereine gar nicht leisten.“ Es sei schwierig, ehrenamtlich getragene Vereine mit der Musikschularbeit gleichzusetzen. „Wir haben ja einen ganz anderen Auftrag.“

## Zustimmung der Kommunen: Auftrag, so weiterzuarbeiten

Die Jugendmusikschule unterhält neben dem regulären Musikschulunterricht Bildungsk Kooperationen mit Kindergärten (mit 34 Gruppen, 430 Kindern), mit allgemeinbildenden Schulen (rund 250 Belegungen) sowie der Förderschule (zwei Gruppen mit insgesamt 14 Kindern und Jugendlichen in der Fröbelschule). Dazu gibt's Kooperationen mit Musikvereinen und einem Posanzenchor. Was die Kooperationen (rund 900 Kinder profitieren hiervon) betreffe, gebe es eine enorme Nachfrage, „die können wir gar nicht befriedigen“. Außerdem sei man in Baden-Württemberg Vorreiter, wenn es um Zusammenarbeit mit Senioreneinrichtungen gehe. „Obwohl Corona uns ziemlich zu schaffen gemacht hat, haben wir jetzt wieder drei Kooperationen in der Musikpädagogik“, erklärt Neher.

Bei allen kritischen Nachfragen ist er dankbar für die grundsätzliche Zustimmung der Gemeinderäte zur Erhöhung des Zuschusses. Und die verstehe er deutlich als wertschätzende Zustimmung zur bisherigen Arbeit und als Auftrag, so weiterzuarbeiten wie bisher.